

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND? – WIR SAGEN NEIN!

Die im April 2013 gegründete Partei “Alternative für Deutschland” (AfD) ist die jüngste rechtspopulistische Partei Deutschlands und gilt als Sammelbecken für national-konservative und marktliberale Positionen. Zuletzt stand die AfD wegen intoleranter Äußerungen gegenüber homosexuellen Ehepaaren in der Kritik. Die AfD ist keine Alternative für ein Deutschland oder ein Europa, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.



Die AfD steht für Konkurrenz und Ausgrenzung – international und in Deutschland

In Europa werden zunehmend Stimmen lauter, die ein anderes Europa fordern, die nicht wollen, dass die Wirtschaftskrise auf dem Rücken von abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner_innen, Prekären, Studierenden, Flüchtlingen und vielen anderen Betroffenen ausgetragen wird. Sie setzen sich, z.B. im Rahmen von den Blockupy-Protesten, für Solidarität und eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Wirtschaft ein.

Auch die AfD kritisiert die derzeitige europäische Politik. Aber die von der AfD geforderte national-konservative Abgrenzung gegen andere Länder zielt auf die Begünstigung einiger weniger ab. In Zeiten der EU-Troika, die vielen Menschen in Europa das Leben schwer macht, setzt die AfD auf nationale Konkurrenz statt Solidarität.

Die AfD verlangt eine Neuordnung des Einwanderungsrechts: Sie meint, Deutschland brauche ausschließlich qualifizierte und “integrationswillige” Zuwander_innen und fordert daher das kanadische “Bewertungssystem”, das Punkte für wirtschaftliche und staatliche Nützlichkeit von Menschen vergibt. Zuwanderung aus prekären ökonomischen Gründen lehnt die AfD hingegen ab, diese Menschen sollen die ganze Härte des Gesetzes spüren. Diese Art von Nützlichkeitsdenken gibt es bei der AfD auch in anderen Diskussionen, wie um Hartz-4-Empfänger_Innen. Menschen ausschließlich nach ihrer ökonomischen Nützlichkeit zu beurteilen, ist der Nährboden auf dem Sozialchauvinismus und Ausgrenzung gedeihen. Heute schon leben viele Menschen, die aus anderen Ländern hierher kamen, unter sehr schweren Bedingungen und politisch Verfolgte erhalten immer seltener Asyl. Ginge es nach der AfD hätten es diese Menschen bald noch schwerer.

Die AfD hat Kontakte zu Rechten und Rechtsradikalen

In der Vergangenheit hatten Mitglieder der AfD immer wieder Kontakte in die rechte Szene. So schreiben AfD-Mitglieder Beiträge in der rechten Zeitung “eigentümlich frei”, in der auch bekannte rechte Autor_innen publizieren. Massive publizistische Unterstützung erhält die AfD bis heute von der neu-rechten Zeitung “Junge Freiheit”. Die Kandidatin für das europäische Parlament, Beatrix von Storch, ist im Zuge des Wahlkampfes mit homophoben Äußerungen aufgefallen und hat sich in der Vergangenheit als rechte Netzwerkerin einen Namen gemacht. Der heutige AfD-Parteisprecher Konrad Adam ist ebenfalls mit menschenverachtenden Äußerungen aufgefallen. Er forderte 2006 in einem Artikel in der Welt, dass Empfänger_innen von Sozialleistungen das Wahlrecht entzogen werden sollte. Auf dem 2. NRW-Parteitag wurde Ulrich Wlecke aus Düsseldorf auf Platz vier der Bundestagskandidat_innenliste gewählt. Wlecke war Mitglied bei den Republikanern und trat 2009 und 2010 bei Veranstaltungen der rechtspopulistischen, österreichischen FPÖ auf.



Eine Partei, deren Programm so eindeutig nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen unterstützt und anderen das Leben schwer machen will, ist keine Alternative! Eine echte Alternative muss sich am gesellschaftlichen Miteinander und an den Bedürfnissen orientieren! Gegen Ausgrenzung, Konkurrenz und Intoleranz!

DEM RECHTEN WAHLKAMPF ENTGEGENTRETEN! IN BOCHUM UND ÜBERALL!

WEITERE INFORMATIONEN FINDEN SIE UNTER: ANTIFABOCHUM.NOBLOGS.ORG

